

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 282-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Verlagsabteilung: Gröbnerstr. 9-5 Ullr.

Verleger: Docwetter-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 2808-2807.

Gegen Zeitungsverbote und Zensur.

Ein Protest der Presse.

Eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse beschloß sich am Sonntag mit den Zeitungsverboten der letzten Zeit und nahm folgende Entschlußung an:

„Die Ausübung des Ausnahmezustandes hat zu einer Einschränkung der Pressefreiheit geführt, die von den Vertretern der Presse ebenso wie von der breiten Öffentlichkeit ohne Unterschied der Parteistellung als unerträglich und politisch schädlich empfunden wird.“

Der Bezirksverband hält Zeitungsverbote und Nachrichtenzensur grundsätzlich für unzulässig. Solange jedoch der Ausnahmezustand besteht, muß er fordern, daß ein Zeitungsverbot nur dann erfolgt, wenn in der betreffenden Zeitung zu Gewalttätigkeiten gegen Einzelpersonen oder den Staat aufgerufen oder solchen Gewalttätigkeiten Beihilfe oder Billigung in Aussicht gestellt wird. Die sachliche Kritik darf nicht eingekerkert werden. Jedes Verbot ist zu befristen. Gegen jedes Verbot und jede Nachrichtenzensur ist eine Beschwerde an eine richterliche Instanz zulässig. Eine Vorzensur oder die Auflegung von Bedingungen für das Wiederscheitern ist unzulässig. Das Verbot einer Zeitung setzt eine vorherige Verwarnung voraus. Vor dem Erlass des Verbotes ist der verantwortliche Redakteur des Blattes zu hören. Bei dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sind Pressefachverständige zu bestellen. Im Falle eines ungerechtfertigten Verbotes oder einer ungerechtfertigten Zensurmaßnahme ist Entschädigung zu leisten.

Der Bezirksverband ersucht alle Berufsgenossen, angesichts der innern und außenpolitischen Gefahren der Zeit alle Ausschreitungen in der Polemik zu vermeiden.“

„Verpachtung“ der Presse.

Wie das Industriekapital öffentliche Meinung macht.

Seit dem Eindringen der deutschen Schwerindustrie in das deutsche Zeitungswesen haben sich besonders erbauliche Zustände herausgebildet. Auf einen hervorragenden schönen Fall macht jetzt die „Vollstättige Zeitung“ aufmerksam. Die „Mitteldeutsche Verlags-A.-G.“ in Erfurt ladet im „Deutschen Reichsanzeiger“ ihre Aktionäre zu einer ordentlichen Generalversammlung auf den 15. Februar nach Halle, und zwar ins Haus der Landwirte (Bauern-Zimmer) ein. Auf der Tagesordnung dieser Generalversammlung steht u. a. die Erhöhung des Grundkapitals von 6 Millionen auf 20 Millionen Mark durch Ausgabe von Namensaktien, deren Ueber-

tragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist. Einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildet die „Verpachtung des Leitendes der „Saalezeitung“ an die Hausgenossenschaft der Deutschen Volkspartei in Halle.“

Die ehemals demokratische „Saalezeitung“ wird also in aller Form an eine andere Partei verpachtet! Das ist um so feltamer, als die Mitteldeutsche Verlagsanstalt zu dem „Vera-Konzern“ gehört, an dessen Spitze der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Alfred Hugenberg steht. Auch im Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Verlags-A.-G. sitzt Geheimrat Dr. Hugenberg. Neben Hugenberg gehören dem Aufsichtsrat u. a. der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete für Halle und bisherige Direktor der Telegraphen-Union, Dr. Karl Cremer, an und der zum Stinnes-Konzern gehörige Direktor der Riebeck-Röntgenwerke A.-G., Bernhard Leopold, dessen Gesellschaft Geldgeberin der verschiedensten Hugenbergischen Zeitungs- und Nachrichtenunternehmungen ist.

Deutschnationale und deutschvolksparteiliche Industriekapitalisten verbinden sich also, um demokratische Blätter zu pachten und dann gemeinsam ihre Politik durch gefügige Journalisten „machen“ zu lassen.

Gegen den Justizabbau.

Ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Justizverordnung vom 4. Januar als Initiativantrag dem Reichstag vorgelegt. Er soll das Schwurgericht wiederherstellen, für Schöffengericht und Strafkammer das zahlenmäßige Ueberge- wicht der Laienrichter über die Berufsrichter durch- führen, die Verschlebung von Vergehen vom Schöffengericht an den Einzelrichter gleichermäßen von der Zustimmung des Staatsanwalts und des Beschuldigten abhängig machen, für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen den Gedanken der Verhältnismäßigkeit zur Geltung bringen, den Umfang der Beweisaufnahme vor den Schöffengerichten richterlichem Belieben entziehen, den Durch- brechungen der Anklagepflicht des Staatsanwalts eine weniger bedenkliche Form geben und die Stärkung der höchsten Gerichte der Länder auf Kosten des Reichs- gerichts verhüten.

zelliges Einsinken zu meistern, muß man bezweifeln. Er ist in diesem für die weitere Entwicklung Sowjetrußlands entscheidenden Augen ohne Zweifel ein tüchtiger Repräsen- tant der oberen bolschewistischen Burea- kratie, deren Widerstand gegen unvermeidliche Verände- rungen im Wirtschaftskurs auf der Konferenz der RKP noch so deutlich ausgesprochen worden ist. Auch würde Rykow in all diesen entscheidenden Fragen von den Entschlüssen der Troika unbedingt abhängen. Das Erbe Lenins als Leiter des Verwaltungsorganismus übernimmt ein ehrlicher und an- ständiger Mann, dessen Leistungsfähigkeit freilich ein gutes Mittelmaß nicht überschreiten wird.

Die Regierung Innenrußlands.

Moskau, 4. Februar. (W.T.B.) Der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik hat folgende Zusammenlegung: Präsident: Rykow, Landwirtschaft: Smirnow, Ernährung: Kamonowitsch, Finanzen: Madimitrow, Arbeit: Bogdanow, Inneres: Seloborodow, Justiz: Kurki, Unterricht: Gu- natscharsk, Volkshygiene: Semaschko, Wohlfahrt: Sakowenko, In- spektion: Schwernik. Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates: Bog- danow.

Die britische Anerkennung in Berlin notifiziert.

Berlin, 4. Februar. (W.T.B.) Die englische Regierung hat der Reichsregierung den Wortlaut der Note mitgeteilt, durch welche sie die Sowjetregierung de jure anerkennt.

Italienisch-russischer Wirtschaftsvertrag.

Rom, 4. Februar. (W.T.B.) Am Sonntag ist in Rom im Palazzo Chigi der italienisch-russische Handelsvertrag unterzeichnet worden. Dessen erkennt in diesem Vertrage die Sowjetregierung de jure an und verpflichtet sich, ihr alle beweglichen und unbeweglichen Güter der ehemals russischen Regierungen zu übergeben. Rußland bietet als Entgelt eine erhebliche Herabsetzung der russischen Zölle zugunsten der italienischen Waren und verpflichtet sich außerdem, an Italien jährlich ein bestimmtes Quantum Getreide zu liefern. In jedem Jahre soll eine gemischte italienisch- russische Kommission über die Ein- und Verkäufe der beiden Länder entscheiden. Für Rußland kommt u. a. noch die Uebernahme eines bestimmten Teils italienischer Industrieprodukte in Frage.

Belgien vollendet die Vereinbarung Frankreichs.

Paris, 4. Februar. (W.T.B.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Ouvrier“ hat es für nicht angelegentlich, doch angesichts der eng- lischen Initiative das belgische Kabinett bereits Montan ent- sprechende Präzise lassen und dann die Entsendung der Wirt- schaftskommission nicht lange auf sich warten lassen werde.

Kein Attentat in Rom. Die italienische Gesundheitsbehörde teilt mit: Seit Mitteilung der spanischen Telegraphenagentur Elta entspricht die aus Warschau kommende Nachricht des W.T.B. (N) vom 30. Jan- uar 1924 über ein Bombenattentat in der Kammer Oper nicht der Wirklichkeit. B-ders ein Bomben- noch irgend welches andere Attentat ist in Italien verübt worden.

Woodrow Wilson.

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, ist am Sonntag vormittag 10 Uhr (amerikanische Zeit = 4 Uhr nachmittags deutsche Zeit) gestorben.

Woodrow Wilson ist eigentlich zweimal gestorben: sein politischer Tod war dem wirklichen um vier Jahre vorange- gangen. War dieser politische Tod verdient? Zum Teil, zweifellos. Aber dennoch bleibt Wilson eine der tragischsten Figuren der Weltgeschichte; sogar ein tragisches Symbol, nämlich das Symbol des Idealismus, der seine Kräfte über- schätzt und der den Kampf gegen die Macht des Bösen nicht durchzukämpfen wagt.

Wilson hat zweifellos das Beste gewollt. Er hätte es sicher vorgezogen, Amerikas Neutralität im Weltkrieg zu wahren. Mit diesem Programm war er sogar zum Präsidenten wiedergewählt worden. Der verbrecherische Willkür der deutschen Obersten Heeresleitung, die Erklärung des rücksichts- losen U-Boot-Krieges, hat ihn gezwungen, dieses Neu- tralitätsprogramm aufzugeben. Die Vereinigten Staaten warfen nun ihre ungeheuren Kräfte in die Waagschale des Krieges, der damit zugunsten der Alliierten entschieden war. Dennoch war Wilson ehrlich entschlossen, diesen sicheren Sieg nicht für imperialistische Zwecke auszunützen, sondern dem Fortschritt der Menschheit dienlich zu machen. Er formuliert seine 14 Punkte und entwarf den Plan eines Völker- bundes zur gegenseitigen Wahrung des ewigen Weltfriedens, zum Schutze der kleinen Völker und der nationalen Minder- heiten.

Seine Worte erweckten einen günstigen Widerhall auf der ganzen Erde. Allein die Regierungen stimmten ihnen ent- weder nur heuchlerisch zu, wie die Minister und Generäle der Alliierten, oder gar nicht, wie die Minister und Generäle der Zentralmächte.

Als im Herbst 1918 die Gefahr der deutschen Heeres- leitung das blutige Spiel verloren gaben und das Wilson- Programm als letzte Rettung und wider Wilson endlich an- nahmen, da waren es die Staatsmänner und Generäle der Entente, die am liebsten diese Friedensgrundlage abgelehnt hätten. Da sie jedoch nicht wagten, dies offen zu tun, nahmen sie den Kampf gegen die 14 Punkte in verdeckter Form auf.

Wilson kannte diese Stimmung und diese Absichten. Aber er dachte, wenn er selbst als der Vertreter der Neuen Welt und als der Verkünder einer neuen Ära nach Europa käme, um seine demokratischen Friedensgrundsätze gegen alle Wider- stände persönlich zu erlangen, würden ihm die Völker zu- jubeln und mit ihrer Hilfe würde er sich schließlich durchsetzen.

Das war sein großer Irrtum. Die Völker, oder wenigstens der ehrliche demokratische Teil von ihnen, jubelten ihm wohl in allen Hauptstädten, die er besuchte, zu, aber die Staats- männer lächelten zynisch über den „westfremden“ Mann, der von Europa nichts verstand, und es dennoch nach seinen eigenen Ideen neugegestaltete wollte. Die Regierungen waren nur noch darauf bedacht, jene Formeln zu finden, mit deren Hilfe sie die einzelnen Punkte in ihr Gegenteil verkehren könnten, ohne daß der Herr Professor der Philosophie aus Amerika es merken würde.

Der Herr Professor merkte es trotzdem, aber er war diesen aufreibenden Kampf nicht gewachsen. Ein erstes Mal verließ er Europa unter Jurisdiktion bestimmter Instruktionen. Aber die Ränke der verbundenen Diplomaten verfolgten ihn bis auf sein Schiff. Vor allem galt dieses Bohren und Drängen der Umgehung jenes Wilsonschen Punktes, der eine eigentliche Kriegsentwöhnung — außer für den Wiederauf- bau der zerstörten Gebiete — ausschloß. In einem Punkt sprach an seinen in Paris zurückgebliebenen Vertreter Lansing befahl Wilson ein letztes Mal Unnachgiebigkeit. Aber die Diplomaten — und besonders die Generäle — ließen nicht locker: man wollte regelrechte oder verschleierte Annexionen erschwindeln, den Völkerbund auf eine Siegesallianz beschränken, die Abrüstung einseitig gestalten und anderes mehr.

Ein zweites Mal glaubte Wilson das drohende Schicksal des Zusammenbruchs seines Wertes durch seine persönliche Anwesenheit meistern zu können, und er kehrte nach Europa zurück. Berühmter Fehler und Irrtum! Als er wieder in Paris eintraf und das Ränkespiel von neuem anfing, war er schon erheblich unsicherer geworden. Ein kühner Entschluß, z. B. die Drohung mit dem Rücktritt Amerikas von der Friedenskonferenz hätte die Situation noch retten können. Da- zu konnte er sich jedoch nicht aufraffen. Er war zermürbt und fing an, nachzugeben. Da gab es fast keinen Halt mehr. Er konnte gerade noch die tollsten Annahmeforderungen, die Rheinpläne Lardieus und Fochs, vereiteln. Aber zahllose Wortbrüche an seinem eigenen Friedensprogramm ließ er dennoch geschehen. Er war eben zermürbt.

So zermürbt, daß er auch nach der Ueberreichung des Ver- tragsentwurfs an Deutschland nicht wagte, die neue Gelegen- heit, die sich ihm durch die Noten der deutschen Friedensdele- gation bot, zu ergreifen. Vielmehr ließ er es zu, daß Clemenceau auch in seinem Namen dem Grafen Brockdorff- Rantzau erwiderte, der Entwurf stehe in kei- n-er-lei-We-ter- sprech zu der vereinbarten Friedensgrundlage der 14 Punkte.

Und das ist die schwere Schuld, die er vor der Ge- schichte trägt. Daß er unterlag, könnte ihm menschlich ver- zihen werden, selbst vom leidtragenden Teil, dem deutschen Volk, daß er aber seine Niederlage nicht einmal bekennen wollte, das ist es, was ihm die Weltgeschichte nicht vergeben wird. Es scheint übrigens, als ob er sich dieser Schuld in seinem Innern bewußt gewesen sei, denn er kehrte nach

Rykow Lenins Nachfolger.

Trotski bleibt Wehrminister.

Moskau, 4. Februar. (Russische Telegr.-Agentur.) Der Zen- trale Volkswirtschaftsrat des Sowjetbundes hat den bisherigen Stell- vertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rykow an Stelle Lenins zum Vorsitzenden des Rates gewählt. Die An- löserregierung setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Rates der Volkskommissare: Rykow, Stellvertreter: Kamenev, gleich- zeitig Vorsitzender des Rates der Arbeit und der Verteidigung, Fjodorow, gleichzeitigiger Vorsitzender der Plannwirtschaftskommis- sion, Ferner Oradelski, Tschubar, Neucheres: Tschichow, Krieg: Trotski, Außenhandel: Kassin, Verkehr: Rud- julaf, Post: Smirnow, Inspektion: Kujbischew, Arbeit: Schmidt, Ernährung: Stuchanow, Finanzen: Sokolnikow, Präsident des Obersten Volkswirtschaftsrates: Dscherschinski.

Wegel Anomomisch Rykow ist 1881 als Sohn eines Bauern geboren. Seine Hochschulbildung erhielt er auf der Universität Kasan. 1908 trat er in die Russische Sozialdemokratische Partei ein und wurde 1909 Mitglied des Zentralkomitees. 1901 wurde Ry- kow verhaftet und nach Saratow ausgewiesen, von der Universität wegen revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossen, nahm er jedoch seine Tätigkeit in Saratow wieder auf. Nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie, 1905, schloß er sich den Bolschewiki an. 1907 wurde er wieder verhaftet und auf zwei Jahre nach Sa- mara ausgewiesen; 1909 verhaftet und für drei Jahre nach Kr- onstadt ausgewiesen. Er floh ins Ausland, kehrte jedoch zur Einberufung einer Parteikonferenz zurück, wurde verhaftet und auf vier Jahre nach Sibirien verschickt. Insgesamt verbrachte er 7 1/2 Jahre in Gefängnissen.

Mit Rykow übernimmt die Nachfolge im Vor- sith des Rates der Volkskommissare ein Mann, der auf diesem Posten keineswegs die überragende Bedeutung Lenins haben wird. Rykow ist in erster Linie Verwaltungsbeamter. Als Vor- sith der Obersten Wirtschaftsrates hat er bereits bisher den stellvertretenden Vor- sith im Rat der Volkskommissare inne- gehabt. Unter ihm hat sich dieser Rat immer mehr zur laufen- den Verwaltungsmaschinerie entwickelt. Die eigentlichen politischen Entscheidungen über die innere und äußere Politik Sowjetrußlands werden jetzt noch mehr als bisher im poli- tischen Bureau des Zentralkomitees der RKP- fassen. Die Ernennung Rykows wird das bisherige Ueber- gewicht der Troika — Kamenev, Sinowlew, Stalin — in keiner Weise beeinträchtigen. Gewisse psychologische Mo- mente, Rücksicht auf die Volksstimung, dürften auch für die Ernennung ausschlaggebend gewesen sein, denn Rykow ist — nicht Jude. Persönlich gilt Rykow als ein durchaus anständiger und seiner Partei ehrlich dienender Mann. Ob er freilich als orthodoxer und an dem bisherigen Wirtschaftskurs der Sowjetregierung starr festhaltender Mann in der Lage sein wird, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch recht-

Washington als ein gebrochener Mann zurück. In seinem Heimatlande empfing ihn der Spott der öffentlichen Meinung, die instinktiv fühlte, daß er in Europa letzten Endes eine klägliche Rolle im Namen der Vereinigten Staaten gespielt hatte. Leider zog das amerikanische Volk aus dieser Erkenntnis die falschen Konsequenzen: Hauptgegenstand des Hohnes wurde gerade das, was an Wilsons Ideen das Schönste und Reinste gewesen war, nämlich der Gedanke des Völkerbundes. Und die Parole seiner Gegner gegen ihn und seine Partei lautete fortan: Los von Europa!

Im eigenen Lager wurde er verhöhnt und bekämpft: ein Teil der Demokraten half den Konservativen bei der Verweigerung der Ratifikation des Versailler Vertrages. Mit etwas komischer Hartnäckigkeit versuchte er dennoch diese Ratifikation zu erzwingen, jedoch vergebens. Er brach im Jahre 1920 körperlich und seelisch zusammen. Er war politisch tot.

Auch seine Partei erlebte damals, bei der Präsidentenwahl, eine vernichtende Niederlage, obwohl sie im letzten Augenblick versucht hatte, ihn über Bord zu werfen. Die Republikaner siegten leicht über die Demokraten. Aber nach und nach sollte sich herausstellen, daß auch das weltpolitische Programm der neuen Männer unhaltbar und den Interessen Amerikas entgegengesetzt war. Die Abkehr der Vereinigten Staaten von den europäischen Angelegenheiten bedeutete nicht nur für Europa, sondern auch für die wirtschaftlichen Interessen Amerikas den schwersten Schlag. Europa glitt dem Ruin und dem Chaos entgegen, aber Amerikas Industrielle, Landwirte und Kaufleute trugen auch den Schaden davon.

Eine Gegenbewegung macht sich seit etwa einem Jahre immer deutlicher bemerkbar, der sich auch die Republikaner nicht länger widersetzen können. Der neueste Schritt der Vereinigten Staaten, ihre hervorragende Beteiligung an den Arbeiten der Sachverständigenausschüsse, steht in erfreulichem Gegensatz zu den Stimmungen, die zur Preisgabe der Wilsonschen Ideale durch das amerikanische Volk vor vier Jahren geführt hatten. Fast sah es aus, als ob Wilson seine Revanche, seine politische Auferstehung noch erleben würde.

Der Tod hat ihn, der inzwischen schon das Alter von 68 Jahren erreicht hatte, um diese Genugtuung gebracht — aber die vor fünf Jahren um ihr Glück und ihren Frieden betrogenen Völker dürfen die Hoffnung auf die Revanche der Wilsonschen Ideale um so mehr hegen, als das wiedererwachende amerikanische Gewissen nicht mehr von Woodrow Wilson gehemmt, sondern von MacDonald gefördert wird.

Ehrung des Toten.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat Präsident Coolidge anlässlich des Todes Wilsons eine Proklamation erlassen, in der er ein Begräbnis auf Staatskosten mit militärischen Ehren anordnet.

Macdonald hat an Frau Wilson sowie an die amerikanische Nation Sympathietelegramme abgefaßt, in denen er erklärt, daß das ganze englische Volk den Tod Wilsons als einen eigenen Trauerfall empfindet. Auch Lloyd George erteilt eine Kundgebung, die mit den Worten beginnt: „Sein Leben und sein Tod bilden eine jener Tragödien, mit denen jedes Ringen um die Ideale verknüpft sind, die die Menschheit unsterblich machen. Wilsons Name wird ewig fortleben.“

In der Trauerbotschaft Macdonalds an das amerikanische Volk heißt es: Wilson hatte eine schöne Vision der Vermittlung und der Weisheit, die Europa zum Frieden und zur Sicherheit führen sollten. Sein Ziel war das höchste auf Erden, vielleicht sogar zu hoch, und er ist vor seiner Verwirklichung dahingegangen. Aber das, was er geschaffen, ist nicht verloren, und in späteren Zeiten werden die Völker auf ihn und auf sein Werk zurückblicken, und ein dankbares Urteil wird ihnen um so leichter fallen, als sie in ihm einen der großen Pioniere der Welt erkennen werden.

In Mainz ist das Kreiskomittee von den Separatisten geräumt worden.

Die Erzbergermörder in Ungarn.

Antrag auf Auslieferung?

Das Auswärtige Amt in Berlin erhielt vor wenigen Tagen die Mitteilung, daß die Erzbergermörder Schulz und Tillessen sich auf einem landwirtschaftlichen Gut in Ungarn befinden. Die Feststellung ihres Aufenthalts war möglich, nachdem in Bayern Hitler eine Niederlage erlitt und im Zusammenhang hiermit auch die Auflösung der „weißen Bänder“ in Ungarn erfolgte. Die Reichsregierung hat auf Grund der ihr gemachten Mitteilungen das ungarische Kabinett durch ihren Gesandten in Budapest bitten lassen, die Erzberger-Mörder zu verhaften, und gleichzeitig mitgeteilt, daß sie sofort das gefällige Auslieferungsgesuch eingeleitet werde. Es ist anzunehmen, daß Schulz und Tillessen inzwischen in festem Gewachsam genommen worden sind, obwohl in der Umgebung des Reichsoberwebers Hoehly bisher noch gewisse Widerstände gegen die Verhaftung zu überwinden waren. Jedenfalls nimmt man in Berliner amtlichen Stellen an, daß die ungarische Regierung die Mörder Erzbergers wenigstens sehr im Interesse der guten Beziehungen beider Länder nicht nur festhält, sondern auch ausliefert.

Eine Berliner Lokalcorrespondenz meldet über den Fall noch: Wie wir erfahren, ist es richtig, daß, nachdem man in Deutschland schon seit langem die Gewissheit hatte, daß Schulz und Tillessen nach Ungarn geflüchtet waren, der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Welzert, vor einiger Zeit nunmehr den genannten Aufenthaltsort der Erzberger-Mörder in Erfahrung gebracht hat. Auf seine entsprechende Mitteilung an die deutschen Behörden hat daraufhin der Oberreichsanwalt auf Grund des bestehenden Haftbefehls an das Auswärtige Amt das Ersuchen gerichtet, bei den ungarischen Behörden die Festnahme der Mörder zu beantragen. Auf diplomatischem Wege ist dieser Schritt auch erfolgt. Bisher fehlt aber jegliche Nachricht darüber, ob die ungarischen Behörden dem Ersuchen der deutschen Regierung stattgegeben und Schulz und Tillessen festgenommen haben. Erst wenn diese Verhaftung erfolgt sein sollte, könnte von der deutschen Regierung ein Auslieferungsantrag gestellt werden.

Nach einer nicht sehr klaren Meldung der „B. Z.“ am Freitag hat sich eine Information der Reichsregierung, nach der die Mörder sich in Budapest aufhalten sollten, als nicht richtig erwiesen. Im Augenblick finden in Verbindung mit der ungarischen Polizei Nachforschungen nach einer anderen Richtung statt.

Zinker Wahlblock in Frankreich.

Paris, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Den Höhepunkt des Sozialistischen Parteitagess bildete am Sonnabend ein programmatische Rede von Blum, deren Klarheit im Aufbau und deren Ueberzeugungskraft in dem Glaubensbekenntnis zu dem sozialistischen Gedanken den Parteitag zu stürmischen Ovationen hinführte.

Blum führte aus, der Parteitag dürfe nicht vergessen, daß die Partei in erster Linie Dienerin des Proletariats sei. Sie habe in Tours das Ergebnis abgelegt, die sozialistische Lehre unerschütterlich zu erhalten und den späteren Geschlechtern vollkommen und rein zu überliefern. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die Frage der Wahlblockbehandlung werden, und deshalb könne von der Aufstellung eines gemeinsamen Programms mit anderen Parteien nicht die Rede sein. Das bedeute nicht, daß die Partei von denjenigen Nachbargruppen, mit denen sie tattisch zusammengeht, gewisse Garantien verlangen müsse, aber die Sozialistische Partei selbst könne nur mit ihrem eigenen Programm zu den Wahlen gehen, ein Kartell mit anderen Parteien dürfe nur da ins Auge gefaßt werden, wo Aussicht sei, dem Nationalen Block Mandate zu entlocken, in allen anderen Fällen würde das unmoralisch sein. Für die Taktik nach den Wahlen gebe es zwei Möglichkeiten: entweder der Nationale Block werde durch eine andere Mehrheit erzeugt, in der allein die verschiedenen bürgerlichen Elemente den Ausschlag geben, in diesem Falle sei die Haltung der Sozialistischen Partei klar vorgezeichnet: volle Unabhängigkeit in der Opposition. Oder aber aus den Wahlen eine ausgeprochene Mehrheit der Linken hervor, so könnte sie auf die Mitarbeit der Sozialistischen Partei in dem Maße rechnen, als dies der Verwirklichung des sozialistischen Programms förderlich sei. Die Frage einer Beteiligung der Partei an der Regierung sei außerordentlich heikler Natur. Blum ver-

triet auf die Labour Party, die zwar die Regierung lübe, aber den bestehenden Zustand nicht umstoßen könne. Falls die Sozialistische Partei in Frankreich eines Tages ähnlich wie in England über die erforderliche Anzahl von Mandaten verfügen werde, dann werde sie, gleichviel, welches Risiko sie dabei laufe, sich unter keinen Umständen der Verantwortung entziehen dürfen. In Tours sei ein solches Verbrechen am Proletariat begangen worden. Wenn dieses einzig geblieben wäre, dann hätte es in drei Monaten in der gleichen Situation sein können wie heute die englische Arbeiterpartei. So aber könne man in den Wahlen nur auf Teilerfolge hoffen. Blum schloß mit der Aufforderung zu einem klaren und unabweisenden Beschluß des Kongresses in der Frage der Wahltaktik.

Der Beschluß.

Paris, 4. Februar. (W.Z.) Der sozialdemokratische Parteitag in Marseille hat in seiner gestrigen Vormittagssitzung eine Erklärung angenommen, in der es im wesentlichen heißt: Die seit 1919, insbesondere seit der Ruhrbesetzung von der Wehrheit und den Regierungen des Nationalen Blocks betriebene Politik sei im Begriff, ihre unvermeidlichen Konsequenzen zu entwickeln. Sie bedrohe in Frankreich die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse durch das Sinken der Währung, sie gefährde in ganz Europa ihre Arbeitsbedingungen, sie jense des Weltfriedens den Gefahr neuer Katastrophen aus. Das französische Wahlgesetz mache einen neuen

Sieg des Nationalen Blocks möglich, wenn die Oppositionsparteien isoliert der reaktionären Koalition gegenüberstehen

sollten. Die Partei sei dementsprechend zu der Auffassung gekommen, daß die Möglichkeit von Wahlbündnissen ins Auge gefaßt werden müsse, aber diese Bündnisse werde die sozialistische Partei als politische Ausdrucksform des Proletariats, das für seine restlose Emanzipation kämpfe, unter voller Wahrung ihrer Eigenart einstreuen, unter Erhaltung ihrer Doktrin und der durch die nationalen und internationalen sozialistischen Kongresse und durch den Parteierfassung zugrunde liegenden Einheitspunkt bestimmten Grundlage. Die Partei lasse vorübergehende Ausnahmen von ihrer überlieferten Taktik zu, aber sie sei dabei fest entschlossen und vertraue darauf, daß diese Ausnahmen weder bei irgendeiner ihrer Mitglieder eine Schwächung des Klassenbewusstseins zur Folge haben oder entschuldigen könnten, noch daß die Parteimitglieder das künftige Ziel der sozialistischen Aktion aus den Augen verlieren, das über die politischen Kämpfe des Augenblicks hinweg darin bestehe, die Arbeiter zur schließlichen Befreiung zusammenzuführen und zu organisieren. Die Partei ermächtige also die Lokalverbände,

ihre Anstrengungen mit denjenigen der Vertreter anderer politischer Parteien gegen jeden nationalen Block zu vereinigen.

Die Wahlbündnisse dürften jedoch nur in solchen Departements und Wahlkreisen geschlossen werden, wo sie einer klaren und greifbaren Notwendigkeit entsprächen. Die lokalen Vereinigungen hätten dementsprechend gewissenhaft zu prüfen, welche Garantien ihnen diejenigen böten, mit denen sie derzeitige Bündnisse eingingen.

Der Kongreß ist Sonntag abend zu Ende gegangen. Die Beschlüsse über die Wahltaktik wurden einstimmig gefaßt. Renaudel verlor sodann einen

Appell an das französische Volk.

der eine Analyse der Politik des Nationalen Blocks und seine Kritik darstellte. Der Kongreß bestimmte dann, daß Leon Blum und Longuet wieder die Leitung des Parteiorgans „Le Populaire“ übernehmen. Ferner wählte der Kongreß Brodeur und Longuet zu Vertretern der sozialistischen Partei im Bureau der Internationalen. Der Kongreß protestierte weiter gegen die französische Politik in der Schweizer Freizonenfrage. Er beschloß dann einstimmig, sein Beifall zum Tode Demins auszusprechen und die Sowjetregierung aufzufordern, ihren Verfolgungen russischer Sozialisten Einhalt zu tun, damit die französische sozialistische Partei sich reichhaltig für die Anerkennung der Sowjetregierung einsetzen könne.

Paris, 3. Februar. (W.Z.) Die radikale und die sozialistische Partei teilen am Mittwoch, den 6. Februar, in Paris zum sogenannten „Reinen Kongreß“ zusammen auf dessen Tagesordnung die Frage der Wahlkoalition steht.

Herriot hat gestern eine Rede in Nîmes gehalten, in der er die Bildung eines Kartells sämtlicher Linksparteien forderte. Er erklärte, die Radikalen und Sozialistendradikalen und sämtliche Republikaner müßten sich zur Verteidigung der Republik zusammenschließen.

Der mexikanische Gegenpräsident Huerta soll in Veracruz getötet worden sein.

Die Lausikoff-Theorie.

Von Hans Bauer.

Manchesmal blühter ich im „Madderadatsch“, einem Bihlblatt, das mit gottgewollter Langweiligkeit redigiert wird. Neulich fand ich darin eine sogenannte satirische Illustration zu dem französisch-schweizerischen Bündnis: Ein dreierger Kerl liegt der Marianne im Arm. Dieser dreierger Kerl soll den tschechischen Außenminister Beneß vorstellen. Und dieser Beneß sagt zur Marianne: Saus meiniges, Saus deiniges.

Es wäre vielleicht ein Wort darüber zu verlieren, daß Herr Beneß, der in der ganzen Welt als einer der feinsten und geschicktesten Diplomaten Europas gilt, unzutreffender gar nicht charakterisiert werden kann als dadurch, daß man ihn als Kälberhinnel, aber es ist schließlich nicht der Rede wert, sich über die Geisteslosigkeit eines Bihlblattes aufzuhalten.

Symptomatisch indessen ist der Begleittext. Saus meiniges, Saus deiniges: Das ist nicht nur ein gelegentlicher Heberfuß an Geistesmangel, das ist die lebendige Wissenschaft des deutschen Spießbürgers über den Süden und Osten Europas.

Der Süden und Osten hat Läuse. Wer sich mit ihm einläßt, kriegt sie auch.

Während des Krieges war der Russe schließlich ein Herr Lausikoff. Er soff und juckte sich. Das war sein Dasein. Auch der Süden läßt und juckt sich. Serbien, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei: Eigentlich gehört ja auch Bulgarien dazu, aber da das während des Krieges mit Deutschland gegangen ist, darf es eine Ausnahme von der allgemeinen Juckerei machen. Und eigentlich gehören ja die Tschechoslowakei und Jugoslawien nicht dazu, da diese Länder seit dem Kriegsende aber nicht mehr zu Deutschland hatten, gehören sie doch dazu.

In den Zeitungen haben die Redakteure des „Madderadatsch“ und dessen Felerintelligenz zwar allerhand Detailiertes über das tschechisch-französische Bündnis gelesen. Aber bitte sehr: Wer wird sich denn mit Kleinräum belassen! Auf der Barre stehender Satire lebend, durchschau man das Beneß, arbeitet man aus dem Rohmaterial die (scharfen) Nadeln des Charakteristischen heraus. Und dieses Charakteristische, dieses Wesen der Dinge sind die Läuse. Der Rusch hat Läuse, der Serb hat Läuse, der Schlawak hat Läuse. Na, und was kann schon mit Deutschen sein, die Läuse haben. Wer ist schon der Außenminister eines Lausikoffs?

Während des Krieges waren wir als Barbaren gebrandmarkt. Diese Parole war eine Uebersetzung und Verzerrung. Aber sie trug einen ganz keinen Kern der Wahrheit in sich.

Die Lausikoff-Theorie ist dümm und albern und nur zum Lachen geeignet für die, die sie treffen soll.

Hypnose-Verbrechen.

Ein hypnotisches Verbrechen, das in Potsdam von einem Privatgelehrten Achilles an einem jungen Mann begangen sein soll, erregt die allgemeine Aufmerksamkeit und stellt die schon so viel besprochene Frage zur Erörterung, inwieweit es überhaupt möglich ist, die Hypnose zur Anstiftung zu Verbrechen zu mißbrauchen. Es gibt Gelehrte, die diese Möglichkeit überhaupt ablehnen, andere wieder halten sie für sehr wahrscheinlich und glauben, daß hypnotische Beeinflussung bei Verbrechen sehr viel häufiger vorkommt, als man annimmt.

In seinem bei J. J. Meiner in Leipzig erschienenen Werk „Von den übersinnlichen Dingen“ teilt Oberhof Buchner einige Verbrechen mit, die zweifellos durch Hypnose ausgelöst wurden, und kommt zu dem Schluß: „Eine hypnotische Suggestion kann durch Autosuggestionen des Schlafenden ausgehen werden. Einer verbrechenartigen Suggestion werden in den meisten Fällen die Richter verdrängten erhebliche Autosuggestionen im Wege stehen, aber es wird verkehrt sein, aus dem Stärkegrad dieser Autosuggestionen ohne weiteres Rückschlüsse auf den Charakter zu ziehen. Es scheinen hier vielmehr noch andere, bisher noch nicht genügend gewürdigte Momente mitzusprechen. Es kommt dazu, daß diese Autosuggestionen dadurch ganz oder teilweise um ihre Wirkung gebracht werden können, daß die verbrechenartige Suggestion durch irgendwelche fingierte Begründung in ein anderes Licht gerückt wird. Es ist also durchaus denkbar, daß ein reiner, tugendhafter Mensch unter hypnotischem Zwang ein schreckliches Verbrechen begeht. Eine weitere Chance für den Fall des Hypnotismus bedienenden Verbrecher geht dahin, von dem hypnotischen Schlußfolgerungen zu erfahren, die ihm der Wachende niemals offenbaren würde, denn der Hypnotisierte gibt sich in der Regel mit hemmungsloser Wahrheitigkeit. Dieser letztere Fall wird, so romantisch er vielen klingen mag, häufiger vorkommen als der erste, zumal sich der Verbrecher wenigstens einigermaßen auf die Amnesie, d. h. Erinnerunglosigkeit, verlassen kann, die er seinem Opfer andeuten wird. Klarheit über den Tatbestand wird in der Regel erst durch eine neue Hypnose des Mediums, die die Erinnerung des ersten hypnotischen Zustandes herausbringt, erzielt werden können. Es wäre natürlich unrichtig, die Gefahren der Hypnose zum Kinderjahren aufzugeben zu wollen, aber sie sollten doch auch nicht auf die leichte Achsel genommen werden.“

Verbrechen sind schon zweifellos in der Hypnose begangen worden, wie der Fall des amerikanischen Pfarrers Carmichael beweist, der von dem Zimmermann Browning nach eigenen Annahmen hypnotisiert worden war und sich von diesem Einfluß durch die Ermordung Brownings befreite. In Fort Smith beging eine Kamille Turner Selbstmord durch Vergiftung. Während Mutter und Tochter starben, wurde der Vater wieder gesund und erklärte, er sei von einem gewissen Forrel zu der Tat und zur Abfassung eines Testaments gezwungen worden, in dem Forrel zum Erben des großen Vermögen Vermögens eingesetzt wurde. Noch in aller Erinnerung dürfte das Attentat auf den Wiener Professor Wagner-Dauregg im November 1920 sein, das von einem Hypnotiseur Senn infiziert wurde, der einer Kinoschauspielerin Mia Osta die Tat auffuggerleerte, um den Professor von seiner Ungläubigkeit zu heilen.

Die Kraft des Willens zum Leben. Ein ergreifendes Beispiel für die Willenskraft des Menschen, dem Tod zu widerstehen, bot ein Kranker in einem Londoner Hospital, der vor mehr als 6 Wochen dort, mit einem unheilbaren Leiden behaftet, schon fast sterbend eingeliefert wurde. Eine Operation erschien aussichtslos, und die Ärzte gaben dem Patienten höchstens noch eine Woche zum Leben. Als man ihm sagte, daß er bald sterben müsse, brüllte er das lebhafteste Verlangen aus, noch einmal seinen jüngsten Sohn zu sehen, der nach Australien ausgewandert war. Es wurde ein Telegramm an den Sohn abgefaßt, und mit dem Kabel kam die Antwort, daß er sich sofort auf den Weg gemacht habe. Der Kranken ließ sich eine Karte ans Bett bringen, auf der er den Weg verfolgte, den sein Junge zurücklegte. Jeden Tag beobachtete er die Station, die er gerade erreicht haben konnte, und blies sehnsüchtig nach diesem Punkt der Karte. Ein Wächter ging über seine Züge, wenn er feststellte, daß die Strecke immer kürzer wurde. So vergingen Woche um Woche. Der Kranke schien nur noch in diesem einen Gedanken zu leben, und die Ärzte erklärten, daß allein sein starker Wille, den Sohn noch einmal zu sehen, den Tod fernhalte. In dem Tage, an dem der Dampfer in Southampton anlegte, ermachte seine Lebensgefährtin zu einer erstaunlichen Frische, und als der künftlich Erwartete in seinen Armen lag, da bot der Vater das Bild wünschenswerter Glückes. Eine Stunde nach dem Wiedersehen verschied er still und friedlich.

Entvölkerung der Nordsee. Eine Volkszählung der Fische im Meer ist ein schwieriges Unternehmen, das aber seit einiger Zeit von den Fischereifachverständigen Englands in dem weiten Gebiet der Doggerbank auf einer Strecke von 400 Kilometern von Nordosten nach Südwesten und von 250 Kilometern von Nord nach Süden ausgeführt wird. Etwas eine Woche lang werden mehrere hundert Proben von dem Material des Meeresgrundes genommen, und dieses Material wird dann der eingehendsten Sortierung und Zählung unterworfen. Frühere solche „Volkszählungen“ zeigten, daß auf einem Gebiet von etwa 1200 Quadratkilometern der Bank sich eine gewaltige Menge eines kleinen Weißfisches fand, der „Spirula truncata“ genannt wird. Dieser Fisch ist die Hauptnahrung der Schollen und Schellfische. Die ganze Bevölkerung der Doggerbank wurde auf 4680000 Millionen Junge und 580000 Millionen Erwachsene geschätzt. Das Gesamtgewicht der Junge und ausgewachsenen Spirulas betrug nach diesen Angaben 19000 Tonnen. 15000 Tonnen davon waren Jungfische. Die letzten Beobachtungen haben nun ergeben, daß an den Stellen, an denen der Fisch früher so zahlreich war, jetzt nur noch wenige Spirulas zu finden sind, und zwar alles ausgewachsene Tiere. Es gibt keine neue Aufzucht. Es fehlt also für die Schollen und Schellfische eine Nahrungsquelle von 15000 Tonnen, und es ist daher mit einer Entvölkerung dieses Teiles der Nordsee zu rechnen.

Konturreaktionen. Dies Wort erregt zunächst Kritik. Es ist ungenau, und so haben Erster und Korrektor in dem Sonntagsschulleton „Konturreaktionen“ es durch das geläufigere Konturreaktionen ersetzt. Aber dem apokryphen Staatskanzler soll mirlich, wenn auch mit trügerischer Deutung, gesagt werden, wie richtig „Konturreaktionen“ er handelt, wenn ...

Der Briefwechsel Macdonald-Poincaré.

Paris, 4. Februar. (W.B.) Der Briefwechsel zwischen Ramsay Macdonald und Poincaré wird heute veröffentlicht. Das Schreiben Macdonalds an Poincaré lautet:

Unsere beiden Länder haben Seite an Seite solche Zeiten der Krise durchlebt und haben gemeinschaftlich solche Opfer gebracht, daß ich Ihnen in dem Augenblick, in dem ich die Regierung übernehme, einen persönlichen Brief übermitteln, nicht nur um Sie von dem Besatz des Ministeriums zu unterrichten, sondern auch um Ihnen meine Grüße und meine guten Wünsche zu übermitteln.

Es ist mir unangenehm, so viele unerledigte Fragen vorzufinden. Da unsere Sorgen und Befürchtungen ermeden, und ich versichere Sie, daß es meine tägliche Sorge sein wird, dazu mitzuwirken, sie zu unserem gemeinsamen Nutzen zu regeln. Sie haben Ihre öffentliche Meinung, ich habe die meinige. Sie haben Ihre nationalen Interessen sicherzustellen und ich die meinigen. Manchmal, auf dem ersten Blick, könnten sie in Widerspruch miteinander zu stehen scheinen, aber ich bin sicher, daß diese Konflikte durch eine aufrichtige Anstrengung guten Willens geregelt werden können und daß es möglich sein wird, politische Mittel zu finden, die es Frankreich und Großbritannien gestatten werden, das freundschaftliche Zusammenwirken untereinander aufrechtzuerhalten. Wir können offen sein und ohne Feindseligkeit die Interessen unserer Länder verteidigen. Auf diese Weise wird die Verständigung viel mehr sein als ein Wort, und Frankreich und Großbritannien können zusammengehen, um den Frieden und die Sicherheit Europas aufzurichten.

Ich bitte Sie, die Versicherung um Ramsay Macdonald.

Die Antwort Poincarés lautet:

Ich bin sehr gerührt von dem lebenswichtigen Briefe, mit dem Sie mir die Übernahme Ihres Amtes mitteilen die Güte hatten und in dem Sie mir persönlich Ihre Grüße entboten haben. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Ihre Bemühungen um das Wohl Ihres Vaterlandes von Erfolg gekrönt sein werden. Die Bande, die unsere beiden Länder miteinander verknüpfen, die Sie uns ins Gedächtnis rufen, sind mit gemeinsamen Leistungen und Opfern geschnitten worden. Die Erinnerung an jene Zeiten, dessen können Sie sicher sein, wird mir wie Ihnen unaussprechlich gegenwärtig sein. Damit habe ich bereits ausgesprochen, daß auch ich lebhaft bedauere, daß mehrere für unsere beiden Länder wichtige Fragen noch nicht geregelt sind. Wie Sie, so werde auch ich mein Möglichstes tun, um sie gemeinsam mit Ihnen und zu unserer beiderseitigen Nutzen zu lösen. Wenn wir beiderseits auf unsere öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir beide unsere nationalen Interessen zu schützen haben, so habe ich das Vertrauen, daß wir, wenn wir jeder für unseren Teil bei der Regelung der etwa aufstretenden Fragen mit der Entscheidung und dem guten Willen, von dem Sie gesprochen haben, vorgehen, diese Lösungen gelingen werden, die dazu angetan sind, zwischen Großbritannien und Frankreich die Politik der für unsere beiden Länder und für die Ruhe der Welt notwendigen Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

Mein Freimat wird stets dem Ihrigen entsprechen, und wenn ich die französischen Interessen mit dem gleichen Eifer verteidigen werde wie Sie die englischen, so wird nichtschonweniger, dessen dürfen Sie sicher sein, niemals etwas die Herzlichkeit meiner Empfindungen beeinträchtigen. Es ist nicht möglich, daß wir, wenn wir beiderseits von derartigen Empfindungen befeuert sind, die Entente nicht wieder effektiv gestalten, und daß es uns nicht gelingt, für die Früchte abzugewinnen, die sie tragen kann und muß, wenn Europa endlich den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit der Arbeit wiederfinden soll.

Empfangen Sie usw. Poincaré.

Man sieht an dem Text wieder einmal, was die ganze Vorkriegsjahre wert ist: weder bei Macdonald, was auch jenseits gewesen wäre, schon in dem Einkleidungsbrief zu den Beziehungen bestimmte Forderungen in der Rhein- und Ruhrfrage aufgestellt, noch bei Poincaré sie abgelehnt. Bezeichnend ist aber, daß Macdonald nicht nur gemeinsamen Krieg und Friedenspolitik sagt und dadurch auch Poincaré um die Möglichkeit bringt, in die „sichere greifbar“ dahingehende Trompete zu blasen.

Neuer französischer Pfalzdroh.

Paris, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat in London einen neuen Vorschlag zur Regelung der Pfalzfrage unterbreiten lassen. Danach sollen in der Pfalz neue, aus einheimischen Beamten zusammengesetzte Verwaltungsgremien geschaffen werden, die direkt der Rheinlandkommission unterstellt und aus denen sowohl jedes separatistische wie nationalistische Element ausgeschlossen sein soll. Nach den hier vorliegenden Meldungen soll die englische Regierung verlaun lassen haben, daß sie bereit sei, auf diesen Vorschlag einzugehen unter der Bedingung, daß 1. die deutsche Reichsregierung dagegen keine Anwendung erhebe, daß es sich 2. nur um eine vorübergehende Maßnahme für die Dauer der Okkupation handle und daß 3. ausdrücklich die Pfalz als ein Teil des Reiches anerkannt werde.

Freiwilliger Gehaltsabbau britischer Minister.

London, 4. Februar. (Eca.) Macdonald, der als erster Schatz- und Außenminister Anrecht auf ein Gehalt von 10.000 Pfund hat, will sich mit der Hälfte dieser Summe begnügen. Lord Haldane, dem als Vizekanzler ebenfalls 10.000 Pfund zustehen, erklärte, er wolle nur 6000 Pfund. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß noch andere Minister pekuniäre Opfer bringen werden.

General Wrangel ausgewiesen. Nach einer Radiomeldung aus Belgrad ist General Wrangel, der Führer der russischen Weißen Armee, und sein Generalstab zum Verlassen des südbalgarischen Bodens aufgefordert worden. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund von offiziellen Berichten, wonach russische Emigranten, die ihren Eintritt in die Armee Wrangels verweigerten, von Wrangels Offizieren mißhandelt worden sind.

	4. Februar		2. Februar	
	Geld	Beif	Geld	Beif
M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.				
1 holländ. Gulden	1107,75 M	157825 M	1078045 M	1588055 M
1 argent. Pap. Peso	1305,75 M	1873425 M	1378550 M	1883450 M
1 brasilian. Krant	172568 M	173482 M	175580 M	172447 M
1 nordwestl. Krone	565288 M	568417 M	567576 M	572422 M
1 dänische Krone	688275 M	691725 M	685288 M	696707 M
1 schwed. Krone	1102280 M	1110770 M	1109230 M	1119770 M
1 finnische Mark	104238 M	104790 M	104737 M	105268 M
1 japan. Yen	1865325 M	1874675 M	1865325 M	1874675 M
1 italienische Lira	185535 M	186465 M	104189 M	185090 M
1 engl. Sterling	18051600 M	18446900 M	18714800 M	18099500 M
1 Dollar	4189500 M	4216500 M	4189500 M	4216500 M
1 spanischer Krant	194268 M	196387 M	198508 M	195467 M
1 brasilian. Krant	456530 M	461150 M	468775 M	491225 M
1 Schweizer Krant	120781 M	120820 M	124188 M	124599 M
1 spanische Pieta	530370 M	533330 M	536853 M	533845 M
1 öst. Krone (alt)	59351 T	59649 T	59649 T	59900 T
1 tschechische Krone	120297 M	121303 M	122193 M	122806 M
1 ungarische Krone	144888 T	145112 T	144888 T	145112 T
1 bulgarische Bana	20928 M	20075 M	20725 M	20875 M
1 jugoslaw. Dinar	78777 M	79028 M	79075 M	80125 M

Ein schönes Liebeswerk.

Rot öffnet die Hände, öffnet sie nicht nur den Bedrängten, die um Hilfe bitten müssen, sondern jetzt mehr und mehr auch den Glücklichen, die nach Hilfe zu gründen vermögen. In Schöneberg haben 25 Rostfelder der Wohlfahrtskommission in der Erkenntnis, daß ihren aus den unzulänglichen Mitteln der Gemeinde unterstützten Pflanzlingen eine Beihilfe von privater Seite sehr willkommen und dringend nötig wäre, rasch Entschlossen und tatkräftig eine Spendenaktion ins Werk gesetzt. Und es ist ihnen gelungen, fast 600 Gebewillige zu finden, daß sie am gestrigen Sonntag im neuen Rathaus 400 Bittlinge beschenken konnten.

Hundert Hilfsbedürftige lagen hier in der schönen Brandenburg-Halle an langen Tischen beisammen, hauptsächlich alte und kränkelnde Leute, darunter Greise und Greisinnen, die über das bezahlte, über das achtzigste Lebensjahr hinaus waren, in ihrer Mitte als Vertreter ein ehrwürdiges Mütterchen von 94 Jahren. Die Schwächlichen wurden teils durch Angehörige zum Rathaus geführt, teils durch Wohlfahrtspflegerinnen aus ihren Wohnungen abgeholt, und Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes beteiligten sich an dieser Hilfeleistung. Kranke und Gebaltete wurden in Rollstühlen herangefahren, sogar Autos wurden genommen, um auch den Schwächlichen die Teilnahme an der im Rathaus stattfindenden Feier zu ermöglichen. Der Versuch, eine in Schöneberg sehr bekannte Automobilfirma zur unentgeltlichen Hergabe einiger Personautos zu veranlassen, war erfolglos geblieben. Aber Bäckermeister, Materialwarenhändler und andere Geschäftleute hatten Brot, Kuchen und Lebensmittel aller Art gespendet, und von anderen Wohltätern war Geld zum Ankauf weiterer Waren gegeben worden. In der Brandenburg-Halle wurden die Gäste mit Kaffee und Kuchen, der in ansehnlichen Mengen vor ihnen aufgebaut war, reichlich bewirtet. Dann ging es hinein in den Bürgeraal, wo ihnen ein schönes Konzert geboten wurde. Eine aus dreißig Mitgliedern des Deutschen Musikerverbandes zusammengestellte Kapelle, der Schöneberger Männerchor „Freundschaft“ (Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes) und mehrere Einzelpersonen (Fräulein Rosa Jepsler, Frau Schneider und Dr. Leuz mit Rezitationen, Fräulein Koroch, Fräulein Fischer mit Liedern, Fräulein Bräm mit Klavierstück) hatten sich außerordentlich zur Mitwirkung bereitwillig, um durch ihre Kunst die Pflanzlinge der Wohlfahrtskommission zu erfreuen. Im Ansprechen von Wohlfahrtsamtsmitgliedern wurde den Spendern der Lebensmühen und der künstlerischen Genüsse herzlich gedankt.

Zum Schluß kam die Verteilung der Lebensmittel. Der Tüfen mit Mehl, Griech. Reis, Erbsen, Bohnen, Zucker, Kakao usw., der Pakete mit Fett, Margarine, Büchsenfleisch, auch der Briketts, die gespendet worden waren. Die Beschenkten schleppten in Taschen, Körben, Kuffäden die Gaben nach Hause, unterstützt von Angehörigen, Pflegerinnen und Samaritern, geführt und geführt, wieder unter Heranziehung auch von Autos. An dem schönen Liebeswerk, das hier zustande gebracht worden war, hatten sich leider einige Wohlfahrtsamtsmitglieder, Schönebergs nicht beteiligt, so daß ihre Pflanzlinge bei der Veranstaltung fehlten und unberührt blieben.

Großer Geldraub.

85 Kilogramm Diazetyl-Morphium gestohlen.

Ein großer Geldraub beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Eine chemisch-pharmazeutische Fabrik hatte in einem verschlossenen Sonderraum ihres Bogers drei Koffer stehen, die nach China und Japan auf ordnungsgemäße Wege ausgeführt werden sollten. Jeder Koffer enthielt zwei Kanister, große Blechbüchsen, mit je 21 Kilogramm Diazetyl-Morphium. Es ist das ein seltener Stoff, der in einer Menge von 85 Kilogramm, die gestohlen wurden, ausreichen würde, unzählige Menschen zu vernichten. Noch unbekanntes Verbrechen drangen mit Nachschlüssel in den Sonderraum ein. Hier entdeckten sie zwei von den drei Koffern und stahlen die vier Kanister, die sie enthielten. Angewöhnlich hatten sie es nur auf dieses Gift abgesehen, weil sie sonst nichts angerührt haben. Der Einbruch ist nach den Feststellungen am Sonnabend nachmittag zwischen 4 und 9 Uhr ausgeführt worden. Eine Lagerverwalterin schloß um 4 Uhr alle Räume ab, als sie als letzte den Betrieb verließ. Um 9 Uhr abends trat der Nachtwächter seinen Dienst an und fand alles verschlossen. Zur Kontrolle öffnete er die Räume und sah auch in den Sonderraum hinein. Er nahm wohl wahr, daß aus zwei Koffern die Schrauben oben herausstapen, dachte sich aber dabei nichts und unterließ es, auch nach dem Inhalt zu sehen. So wurde der Diebstahl erst später entdeckt. — Mitteilungen zur Aufklärung sind an Kriminalkommissor Quos im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums zu richten. Die Blechbüchsen sind 47 mal 33 Zentimeter groß.

Der Einbruch erinnert an einen großen Diebstahl vor edener Wiste der vor Jahren in einem Berliner Hochschullaboratorium verübt wurde. Damals entledigte sich der Dieb seiner unheimlichen Beute, indem er sie in einem Paket auf einen Untergrundbahnhof liegen ließ.

Gefahren für die Nachschule.

Aus dem Schülerkreis der Berliner Gauß-Schule (Lindenstraße) werden uns Klagen vorgetragen, die Beachtung verdienen. In den letzten Jahren hat das Gauß- und Fortbildungsschulwesen Berlins, das durch den Krieg schwer geschädigt worden war, infolge planmäßigen Aufbaues einen erfreulichen Neuaufschwung genommen. Diese Entwicklung wird jetzt durch die Arbeitszeitverlängerung aufs neue bedroht. Es ist eine physische Unmöglichkeit, an mehreren Abenden in der Woche nach neunstündiger anstrengender Arbeit noch vier Stunden in der Schule zu arbeiten. Man kann mit Recht sagen, daß die Arbeitszeitverlängerung bildungsfeindlich wirkt. Dazu kommt die Gehaltserhöhung. Für die Monatsstunde wurden nur dem Kriege 25 Pf. gefordert, seit Januar 1924 sind bereits 30 Pf. erreicht. Der Stadtkommissar hat eine weitere sehr beträchtliche Erhöhung gefordert, die den Protest der Schülerschaft hervorruft. Das Schulgeld bedeutet schon für den Vorkarbeiter eine starke Belastung. Wie sollen die Kurzarbeiter oder gar die Arbeitslosen diese Ausgabe aufbringen? Im Gegensatz zur Erhöhung des Schulgeldes steht die Herabsetzung der Lehrervergütung. Die nebenamtlich beschäftigten Hochschullehrer erhielten vor dem Kriege pro Unterrichtsstunde 4 bis 5 M., jetzt aber erhalten sie 75 Pf. Das ist ein Abbau, den man kaum noch überbieten kann. Gerade die Behrer im Nebenamt, die in der Praxis stehen und mit jeder neuen Entwicklung der Technik vertraut sind, werden von den Schülern besonders geschätzt. Die Schülerschaft fürchtet den Verlust dieser Behrer infolge zu geringer Bezahlung.

Das Versicherungsamt Berlin gegen die Krankenkassen.

Der Verzicht auf die Krankenkassen, durch den die Zurüdnahme der Reichsverordnung vom 30. Oktober 1923 erzwungen werden sollte, hat mit einem Aufbruch geendet. Mit dem Angebot der Ärzte, ihre Arbeit bei den Kassen zu den Bedingungen des alten (von ihnen gebrochene) Vertrages wieder aufzunehmen, wollten die Kassenverbände einstweilen einverstanden sein, aber nur unter den Bedingungen, daß die Kosten der von den Kassen infolge des Streiks geschlossenen Einrückungen aus dem an die Ärzteorganisation zu zahlenden Honorarposten gedeckt und der inzwischen abgeschlossene Vertrag mit dem neuen Berliner Kassenarztverein anerkannt wird. Den aus dem Streik zu den Kassen zurückkehrenden Ärzten, die von der Kassenverwaltung solchen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen, begriffenweise nicht erbaud sind, kommt jetzt das Versicherungsamt Berlin zu Hilfe. Den Krankenkassen ist eine vom Ober-

bürgermeister Böhm als dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes unterzeichnete Verfügung zugegangen die den Standpunkt vertritt, daß der alte Vertrag so lange weiterbesteht, bis nähere Vereinbarungen getroffen sind. Da bei der vom Versicherungsamt anberaumten Beprechung zwischen Kassenvertretern und Ärztevertretern die Kassenvertreter nicht erschienen waren, erucht nun das Versicherungsamt die einzelnen Krankenkassen bis zum 5. Februar um Mitteilung, ob sie bereit sind, den Kassenärzten bis zum Abschluß eines neuen Vertrages die Behandlung ihrer Mitglieder wieder zu übertragen. Eine Nichtbeantwortung soll als Weigerung aufgefaßt werden, die nach Ansicht des Versicherungsamtes eine Verweigerung der von Kassenverbänden abliegenden Geschäfte bedeutet, so daß das Versicherungsamt die Geschäfte durch Beauftragte auf Kosten der Kassen regeln lassen würde.

Traner im Zoo.

Der Berliner Zoologische Garten meldet einen Todesfall, der bei seinen Freunden lebhaft Teilnahme weckt. Das afrikanische Elefantenweibchen Mary ist an den Folgen einer eitrigen Erkrankung der Zehen des linken Fußes zugrunde gegangen. Mary hatte ein Alter von 40 Jahren erreicht, von denen sie 35 im Berliner Zoo zugebracht hat. Ältere Berliner haben sie schon in Böles Affentheater kennengelernt, in dem sie vor ihrer Ueberführung in den Zoo mitwirkte. Sie produzierte sich dort als Dreiradfahrerin und hat nachher auch noch im Zoo in den ersten Jahren die Besucher manchmal durch ihre Kunst erfreut.

Eine Mordgefahr proletarischer Jugend, vor einigen Wochen verboten, fand nunmehr im Großen Schauspielhaus statt. Ueberdies ging es um die Ueberführung von Bluffogel Rosenfeld „Die Mutter“. Am Sonntag wurde eine Lesung und noch noch anderes daraus. Und dies andere war eine Schlimme und ganz gemeine Droh- und Brandrede eines, der sich jugendlich geben wollte, aber nichts anderes war als ein Sompel. In Anblich daran die tolle Stimmerei eines literarischen Bräuners: Die Mutter. Naturalistische Gedichte vor einer Geländekammer ohne dramatisches Leben. Der große Ideerraum war höchlich befeht. Nicht wenig Augenblicke werden zum ersten und zum letztmal dagewesen sein.

Elektrolyse in Amerika. In Fortville (Staat Indiana) stießen zwei elektrische Züge zusammen, wobei 17 Personen getötet wurden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Die für heute Abend angelegte Sitzung mit den Abgeordneten ist aus.
- Heute, Montag, den 4. Januar:
- Abt. 7/1, Uhr bei Coligny, 11 Uhr. Sitzung aller in der Kommune ehrenamtlich tätigen Genossen. Die Stadt- und Bezirksverordneten sind ebenfalls eingeladen. Erhaltenen Bericht.
 - Abt. 7/2, Uhr Sitzung der Funktionäre mit den Reichsvertretern bei Köster, Jurastr. 23.
 - Abt. 7/3, Uhr. Sozialistisches Seminar, 8 Uhr, bei Klabe, Sandkystr. 60/61. Gen. Bericht über die Wahlen.
- Morgen, Dienstag, den 5. Februar:
- Abt. 7/1, Uhr in der Bauernvereinschule, Kurfürststr. 141 (im Ostflügelraum). Beamtensammlung. Vortrag des Reichsvertreters a. D. Falkenberg: „Der Beamtensinn der Beamtenschaft“.
 - Abt. 7/2, Uhr. Sitzung des Parteivorstandes mit sämtlichen Funktionären und den in der Kommune tätigen Genossen bei Köster, Reichstraße 2. Funktionärsammlung und zum Umkreis mitzubringen.
 - Abt. 7/3, Uhr. Funktionärsitzung im Jugendheim, Gelmaner Str. 3, Zimmer 1.

Sport.

Das Sechstagerrennen.

Die 2-Uhr-Nachwertung am Sonnabend.

Nach der 10-Uhr-Nachwertung am Sonnabend gibt es wieder einige Vorzüge, die aber nicht's Besonderes bringen. Allmählich legt der Bräunerslegen ein. Kaffee und Kaffee-Erhalt, Radlopparats und Geldpreise werden gewonnen. Und so ist nach und nach der Zeitpunkt der 14. Wertung (2 Uhr nachts) herangerückt. Stabe liegt anfangs vorn und wird von Stellbrink abgelöst, der jetzt, daß er noch immer der alte Europameister ist. Der erste Spurt ist sein Gewinn vor Stabe. Aber auch den dritten Spurt holt er sich noch. Den zweiten Spurt holt sich Lorenz, von Lechner hart bedrängt. Im vierten Spurt geht der sich in guter Form befindende Golle vor Lorenz durchs Ziel. Der Amerikaner Taylor und Krupat folgen. Den fünften Spurt holt sich Hahn vor Stabe und Kohl ein. Stellbrink belegt den vierten Platz. Der Stand des Rennens ist somit der folgende: Lorenz, Gollow 186, Bauer-Krupat 155, Lechner-Stellbrink 81, Hahn-Tieg 76, Kaiser-Taylor 49, Hanley-Lawrence 34 und Wünniger-Rötenberg 8 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Kohl (88 Punkte), Ranthen-Stabe (18 Punkte), Reinas-Stolz (15 Punkte). Vier Runden zurück: Häusler-Ohr (3 Punkte). Zurückgelegt: bis zur 101. Stunde (2 Uhr nachts): 2744,350 Kilometer. Der erste große Vorteil erfolgte gegen 4 Uhr früh. Lorenz-Gollow und Bauer-Krupat hielten das ganze Feld in Aufregung, wobei Reinas-Stolz eine weitere Runde und Häusler-Ohr zwei Runden einbüßten. Nach einem ungefährlichen Rollensturz glätteten sich die Wogen der Erregung.

Die 3-Uhr-Nachmittagswertung.

Am Sonntag brachte hübsche Kämpfe. Im ersten Spurt geht Hahn als erster durchs Ziel. Hahn folgt. Der zweite Spurt zeigt den blendenbrennenden Golle als Sieger vor Lorenz. Auch den vierten Spurt beansprucht er für sich. Und wieder ist Lorenz weiter. Im dritten Spurt liegt Bauer gegen Hahn und im fünften Spurt Gollow vor Bauer. Im Laufe des Rennens gelang es der Wünniger Häusler-Ohr eine Wertungsrunde zu streichen. Die 15. Wertung hat somit folgenden Punktsand zu verzeichnen: Lorenz-Gollow 199, Bauer-Krupat 163, Hahn-Tieg und Lechner-Stellbrink je 84 Punkte, Kaiser-Taylor 52, Hanley-Lawrence 40 und Wünniger-Rötenberg 8 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Kohl (100 Punkte), Ranthen-Stabe (18 Punkte); zwei Runden zurück: Reinas-Stolz (15 Punkte); vier Runden zurück: Häusler-Ohr (3 Punkte). Nach der 15. Wertung (3 Uhr nachmittags) waren 2996,040 Kilometer zurückgelegt.

Die 10-Uhr-Nachwertung am Sonntag.

Im ersten Spurt liegen Gollow, Stabe, Bauer und Hahn vorn. Ein scharfes Tempo wird angefahren. Fast ohne Kampf gehen die Genannten in der angegebenen Reihenfolge durchs Ziel. Den zweiten Spurt gewinnt leicht Lorenz vor Krupat. Der Amerikaner Taylor holt sich den dritten und Kaiser den vierten Spurt. Im fünften Spurt liegt Hahn gegen Wünniger. Der Stand des Rennens nach der 16. Wertung (10 Uhr abends): Gollow-Lorenz 210, Bauer-Krupat 172, Hahn-Tieg 90, Lechner-Stellbrink 88, Kaiser-Taylor 64, Hanley-Lawrence 44, Wünniger-Rötenberg 11 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Kohl (102 Punkte), Ranthen-Stabe (21 Punkte); zwei Runden zurück: Reinas-Stolz (15 Punkte); vier Runden zurück: Häusler-Ohr (3 Punkte). Zurückgelegt: 3223,645 Kilometer.

Die 2-Uhr-Nachwertung.

Nach der 2-Uhr-Nachwertung ist folgender Punktsand zu verzeichnen: Lorenz-Gollow 225, Bauer-Krupat 163, Hahn-Tieg und Lechner-Stellbrink 96, Kaiser-Taylor 68, Hanley-Lawrence 53, Wünniger-Rötenberg 11 Punkte. Eine Runde zurück: Golle-Kohl (104 Punkte), Ranthen-Stabe (24 Punkte); zwei Runden zurück: Reinas-Stolz (15 Punkte); drei Runden zurück: Häusler-Ohr (3 Punkte). Im Vorlauf erfolgt nach 3 Uhr nachts. Kohl bringt es fertig, etwa 40 Meter zu gewinnen. Er wird von Gollow, Bauer und Hahn hart verfolgt. Bald ist die Ruhe wieder eingekehrt. Wünniger-Rötenberg haben allerdings eine Runde verloren. Somit liegen nur noch sechs Mannschaften ohne Verluststunden im Ziele. Die letzte Stunde am heutigen Abend wird die Entscheidung bringen.

Gewerkschaftsbewegung

Kurzarbeiterunterstützung an Gewerkschaftsbeamte.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Eine Berliner Tageszeitung (die „D.Z.“ v. Red.) bringt unter der Überschrift „Korruption“ Ausführungen gegen die Zuteilung von Kurzarbeiterunterstützung an gewerkschaftliche Beamte und schließt darin eine gleichzeitige Verwendung von Reichsmitteln für parteipolitische Zwecke.

Tatsache ist, daß in einigen Fällen auch für Gewerkschaftspersonal Kurzarbeiterunterstützung gewährt worden ist. Das Reichsarbeitsministerium vertritt demgegenüber die Auffassung, daß die Bestimmungen über die Kurzarbeiterunterstützung an sich nur auf die Verhältnisse gewerblicher Betriebe zugeschnitten sind und daß sich in diesem Sinne mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden in Verbindung gesetzt. Auch nach deren übereinstimmender Auffassung kann Kurzarbeiterunterstützung für leitendes Personal gewerkschaftlicher Organisationen nicht in Frage kommen. Anders wird teilweise die Behandlung des rein technischen Personals beurteilt. Ein die Frage allgemein regelndes Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums steht bevor.

Was zu den ebenso geschäftigen wie veräusserlichen Unterstellungen des von Professor Dr. Veitich geleiteten Institutes zu sagen war, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nr. 55 des „Vorwärts“ an dieser Stelle bereits ausgeführt. Da die Kurzarbeit in den Gewerkschaften seit Wochen behoben ist, hat eine nachträgliche Regelung nur mehr theoretische Bedeutung. Immerhin sehen wir mit einigem Interesse, aber auch mit aller Besonnenheit der eingehenden Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums in dieser Frage entgegen, weil die Gewerkschaften hier nichts zu verlieren und zu vertuschen haben.

Da Stimmes an der tollen Inflationsperiode nicht so ganz unschuldig ist, hat sein Prophet qualvollste Ursache, in ständiger Entrüstung zu stehen, weil die Gewerkschaften in der Beibringung, in die sie die Inflationsperiode gebracht hat, nachdem die Geldentwertung sie ihrer Vermögen beraubt hätte, für einige ihrer Angestellten die paar Pfennige Kurzarbeiterunterstützung in Anspruch nehmen. Nicht zu ihrer Bereicherung, sondern um ihnen die Hungerperiode etwas erträglicher zu machen, in die sie sich hunderttausende anderer Arbeiter und Angestellten durch die Kasser und Devisenschleier gedrängt wurden.

Bill Stimmes, wollen die Herren der Schwerindustrie ein Längchen wagen, wir sind bereit, ihnen aufzuspielen.

Bevorstehende Kämpfe im Baugewerbe.

Die Arbeitgeberverbände haben die §§ 3 des Reichsarbeitsvertrags zum 12. Februar gefündigt, die die tägliche Arbeitsdauer und den Zehntelohn behandeln. Die Arbeitnehmerverbände verweigern sich gegen diese Forderungen in rechtlicher Beziehung. Inzwischen laufen zentrale Verhandlungen statt. Die Berliner Arbeitgeberverbände fordern unter Hinweis auf die zentralen Verhandlungen eine Neuassung der Bestimmungen des Bezirksarbeitsvertrages.

In der Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 31. Januar erklärte Kollege Thöns unter Zustimmung der Versammlung, daß die Berliner Bauarbeiter nicht daran denken, kompliziert den Wirtschaftskrieg preiszugeben. Vor allen Dingen sei es Pflicht der Kollegen, innerhalb der eigenen Organisation strenge Disziplin zu wahren. Um der Angriffslust der Unternehmer entgegenzutreten, sei es notwendig, die Finanzkraft des Verbandes zu stärken. Die Angriffslust der Unternehmer müsse abgewehrt werden. Das wird geschehen, wenn die Arbeiterfront einig ist und jeder einzelne dazu beiträgt.

In der Diskussionsrunde wurde offenkundig betont, daß es rein selbstverständlich sei, die Finanzen des Verbandes zu stärken. Dem Bericht von der letzten Lohnverhandlung ist folgendes zu entnehmen: Auf Antrag der Arbeitgeberverbände fanden am 24. Januar Verhandlungen statt, die jedoch scheiterten, da die Unternehmer einen weiteren Lohnabbau beantragten. Es erfolgte die Anrufung des Bezirksarbeitsrates. Dieses sollte am 28. Januar einen Schiedsspruch, der die Löhne für die Zeit vom 30. Januar bis 26. Februar festsetzt, gegen die Stimmen der Arbeitgeber. Damit beträgt der Stundenlohn für Maurer, Zementierer, Stein- und Kalfträger und Einschleifer 63 Pf., Kalfschläger, Wasserträger, Rührer und Zementarbeiter erhalten 59 Pf., Bauführer 56 Pf. und Tiefbauarbeiter 49 Pf. Die Generalversammlung stimmte dem Schiedsspruch zu.

Generalversammlung des Otab.

Die Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hielt am 1. Februar im „Nordischen Hof“ ihre Jahresversammlung ab.

In dem großzügig angelegten Geschäftsbericht ging der Vorsitzende Wegmann auf die Ergebnisse des verflochtenen Jahres ausführlich ein. Er kritisierte hierbei scharf die Einstellung des Unternehmens auf die Verschlechterungen der sozialen Gesetzgebung und wies auf den langwierigen Anreiz hin, der von den Arbeitgebern zum Zwecke der Arbeitszeitverlängerung und des Lohnabbaues erfolgte. Unter der

fortgesetzten Geldentwertung hatte auch der Bund sehr zu leiden. Der Opferfreudigkeit der Mitglieder und der aufopfernden Tätigkeit der Bundesfunktionäre ist es zu danken, daß auch in geldlicher Beziehung die leistungsgemäßen Bestimmungen durchgeführt und den stellungstollen Kollegen durchweg die Unterstützung gewährt werden konnten. Darüber hinaus hat der Bund durch Gewährung besonderer Unterstützungen größte Hilfe geleistet.

Der Kassenericht zeigte ebenfalls deutlich, daß die Ortsverwaltung die Krise überstanden hat. Bereits in den letzten drei Monaten des verflochtenen Geschäftsjahres ist eine ständige Aufwärtsbewegung sowohl in der Beitragsabführung wie auch in dem Anwachsen der zahlenden Mitglieder zu verzeichnen gewesen.

In der anschließenden sehr sachlich geführten Diskussion wurde, trotz dem einige Kollegen in ihren Ausführungen heftige Kritik an der allgemeinen Tätigkeit der Gewerkschaften übten, die im vergangenen Jahr vom Ortsvorstand geleistete Arbeit dankbar anerkannt. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, für die Zukunft in jeder Hinsicht geeignete Vorbereitungen zu treffen, um den kommenden Kämpfen gerüstet gegenüberzutreten. Aus diesem Grunde müsse auch in bezug auf Zuführung von neuen Mitgliedern alles aufgegeben werden.

Dem Ortsvorstand wurde gegen einige Stimmen Entlastung erteilt. Eine von ihm vorgelegte Verwaltungsordnung, die allen Wünschen der Mitglieder weitgehend Rechnung trägt, wurde nach eingehender Diskussion, mit Ausnahme eines Paragraphen, der zur nachmaligen Durchberatung dem neuen Ortsvorstand überwiehen wurde, angenommen.

Hierauf wurden die Neuwahlen vorgenommen und Kogak als Geschäftsführer der Ortsverwaltung bestätigt.

Abspaltung in der Angestelltenbewegung.

Im Herbst v. J. hatte sich anfänglich eines inneren Organisationskonfliktes eine Gruppe von Mitgliedern von der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten separiert und eine Sonderorganisation, die „Freie Angestellten-Gewerkschaft“, gegründet. Gegen Mitte November beauftragten die Vorstände des DGB, des ADGB und des A. B. Bundes ihre Mitglieder Bissell und Kuhfänger, durch Verhandlungen eine Wiedervereinbarung der abgefallenen Gruppe mit dem DGB herbeizuführen, obgleich eine Reihe vorausgegangener Einigungsverhandlungen bereits resultatlos verlaufen war. Dabei kamen die beiden Vermittler zu der Auffassung, daß eine Einigung in kürzester Zeit erreichbar sein dürfte, wenn es gelänge, die Personenfrage der beiden hauptinteressierten Vorgesetzten aus dem Komplex der Einigungsbedingungen herauszunehmen. Es unterbreiteten deshalb beiden Parteien einen eigenen Einigungsantrag. Zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Ortsgruppe Berlin sollte die losreißende Gruppe an den Wahlen zur Vertreterversammlung des DGB am 12. Dezember v. J. beteiligt werden und eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Vertretern stellen. Am schließlich in der viel umfährten Personenfrage endlich eine Befriedigung der Ortsgruppe zu errögen wurde vorgeschlagen, daß bei der Neuwahl der beiden geschäftsführenden Vorgesetzten eine gemeinsame Liste von zwei Kollegen aufgestellt werden sollte, die dieses Amt bisher nicht bekleidet hatten. Die bisherigen Inhaber der Ämter sollten dem Hauptvorstand innerhalb des DGB, in anderer angemessener Stellung weiterbeschäftigt werden.

Vom Vorstand des DGB, konnte im Verlaufe der Verhandlungen die Zustimmung zu dem gesamten Einigungsantrag gewonnen werden, obwohl damit weitgehende Zugeständnisse an bereits ausgeschlossene Mitglieder verbunden waren, während diese noch einzig mögliche Einigungsbasis von den Körperschaften der „Freien Angestellten-Gewerkschaft“ abgelehnt wurde. Diese stellten das unbillige Verlangen, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahlen, die Hälfte aller Delegierten zur Vertreterversammlung zu stellen. Ebenso schätzte der Vorschlag zur Verhandlung über die gemeinsame Vorkandidatur für die beiden Vorgesetzten am Widerstand der F. A. Die von den Spitzenverbänden einsehehten Vermittler konnten natürlich bei allem guten Willen zur Einigung nicht die Hand dazu bieten, daß man statt eines Ausweges die in der überlieferten Mehrzahl im DGB verbliebenen Mitgliedern in der Delegiertenversammlung durch die vorher ausgeschlossene Gruppe Mißbehagen verprovokiert werden sollte. So ist auch dieser letzte Einigungsversuch gescheitert.

Die Haltung der Führer in der Freien Angestellten-Gewerkschaft ist um so weniger zu verantworten, als keinerlei Richtungsstreit besteht und die Kommunisten dadurch vorübergehend, gemäß auch unrentiert zum Ruhm jenes mehr oder weniger persönlichen Streites werden mußten.

Das neue Jahrbuch der IGB.

Das in kurzem erscheinende Jahrbuch des IGB für 1923/24, das gleichzeitig als Adressbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung und überhaupt den internationalen Organisationen gute Dienste leisten kann, enthält u. a. die Liste der Bureau- und Vorstandsmitglieder des IGB, die Adressen der angeschlossenen Landeszentralen, die Mitgliedszahlen der durch ihre Landeszentralen dem IGB angeschlossenen Verbände sowie die Mitgliedszahlen aller Berufssekretariate. Ferner eine Übersicht über die verschiedenen Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung, eine eingehende Übersicht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung 1921/22 und die Adressen der Jugendzentrale, dem Internationalen Genossenschaftsbund und dem Internationalen Arbeiterinnenbund angeschlossenen Organisationen.

Der Inhalt des Jahrbuchs ist dreisprachig: deutsch, französisch und englisch. Da nur eine beschränkte Auflage hergestellt wird, ist rechtzeitige Bestellung erwünscht. Kostproben nimmt für Deutschland an die Verlagsgesellschaft des IGB, Berlin S. 14, Inselstr. 6.

Geschleierter Tarifverhandlungen der Glaser.

In der Mitgliederversammlung am Sonnabend berichtete der Gruppenleiter Busch über die letzten Lohnverhandlungen. Die Arbeitgeber wollten die Löhne der Glaser im 19. Jahr um 25 Prozent, die der 20jährigen um 20 Prozent, und der 21jährigen um 10 Prozent abgebaut wissen, außerdem den Spitzenlohn auf 55 Pf. Dazu sollen die Ferien für fallen und die Arbeitszeit „je nach Erfordernis des Betriebes“ auf 34 Stunden ausgedehnt werden. Die Verhandlungen scheiterten, da die Arbeitnehmervertreter jedwede Verlängerung der Arbeitszeit grundsätzlich ablehnten.

Befehligen wurde vor einem Streikbeschlusse weitere Verhandlungen abzuwarten. (Nächste Versammlung siehe Dienstagabend „Vorwärts“.)

Fünf Pfennige Stundenlohn.

Zu der unter vorstehender Überschrift in unserer Abendausgabe Nr. 50 veröffentlichten Notiz erhalten wir von der Firma Schlee u. Hellmer folgende Berichtigung:

Wir in unserem Betrieb beschäftigten Angestellten und Arbeiter werden zu Tariflöhnen resp. zu höheren Löhnen als tariflich vereinbart beschäftigt. Für einen 19jährigen Arbeiter sind laut Tarif 35 Pf. Mindeststundenlohn und 39 Pf. Durchschnittslohn zu zahlen, und ist dieser Lohn fraglos für Arbeiter sicher auch genannt worden; es beruhen die Ihnen gemachten Angaben also auf einem Schwindel.

Unser Betrieb steht absolut auf dem Boden der Tarifgemeinschaft. Es werden Gehälter für die Angestellten nach dem Tarif, großhandelsmäßig, für die Meister und Werkstattnachrichten nach dem Metalltarif und die Löhne für die sämtlichen anderen Arbeiter, welche dem Holzarbeiterverband angehören, nach dem Holzarbeitertarif gezahlt. Hieraus geht schon hervor, daß die Löhne ganz anders sein müssen als die, welche Sie in Ihrem Artikel bringen.

Zu dieser Berichtigung hatten wir uns verpflichtet, hinzuweisen, daß der junge Mann wohl bei einer Gegenüberstellung bei keiner Behauptung blieb, daß aber nach übereinstimmender Bestätigung des Betriebsrats und der Gewerkschaft die Firma tatsächlich tariflos ist, somit den Auslagen des jungen Mannes kein Glauben beigegeben werden kann. Wir bedauern deshalb die Veröffentlichung der Notiz.

Deutscher Bergemeisterbund (Jahrgang der Töpfer). Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat gestern einen Schiedsspruch gefällt, der 72 Pf. pro Stunde vorsieht. Das Verhältnis der Hilfsarbeiterlöhne zu den Meisterlöhnen bleibt dasselbe. Von Arbeitern ist der Schiedsspruch angenommen. Die Arbeitnehmer erboten Forderungen bis 70 Pf.

Verband der Töpfer. Für den Monat Februar hat der Verband mit der Berliner Schlichterkommission ein Lohnabkommen vereinbart, das einen Mindestlohn von 55 Pf. vorsieht. Qualifizierte Arbeiter erhalten Stundenlöhne bis 70 Pf.

Algerienindustrie. Waren, Dienstag abend 6 Uhr, auf dem Verbandsbüro des Kabalarbeiterverbandes, Wilhelmstraße 24, Sitzung sämtlicher Vertrauenspersonen und Vertreter der Algerienindustrie. Die Löhne und das Arbeitsverhältnis in der Algerienindustrie.

Notiz. Das eingetragene Magazin, Dienstag nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Wichtige Beschlüsse über das Besondere der Gewerkschaften, Mitglieder und Delegierten sind am Sonntagvormittag, ohne diesen Teil zu sein.

Aus der Partei.

Unterbezirkskonferenzen.

Halle a. d. S., 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag fand in Merseburg eine Unterbezirkskonferenz der Partei statt. Nach einem Referat des Genossen Schulz und einem Referat des Genossen Peter wurde folgende Entschliessung mit 25 gegen 13 Stimmen angenommen:

„Der Unterbezirksrat Merseburg-Querfurt spricht dem Parteivorstand und der Reichsleitung das Vertrauen aus.“

Anschließend wurde noch folgende Resolution mit 24 gegen 6 Stimmen angenommen:

„Der Unterbezirksrat Merseburg-Querfurt hält den am 9. Dezember 1923 von Bezirksvorstand und Bezirkskommission Halle gefassten Beschlusse über die Rettung des „Volksblattes“ für unvereinbar mit den Satzungen der Partei und für eine parteischädigende Maßnahme. Der Unterbezirksrat spricht dem Genossen Schulz das Vertrauen aus.“

Am gleichen Tage tagte eine Unterbezirkskonferenz in Falkenberg für die Kreise Torgau, Liebenwerda und Schwalbe. Die Konferenz schloß nach einem Referat des Genossen Steinke (Berlin) eine Entschliessung, in der dem Parteivorstand und der Fraktion das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Unterbezirkskonferenz mißbilligt ausdrücklich das Vorgehen des Bezirksvorstandes gegen Parteileitung, Fraktionsmehrheit und gegen den politischen Redakteur des „Volksblattes“. Beide Unterbezirkskonferenzen hinterließen den starken Eindruck, daß man in Halleigen Bezirk nicht gewillt ist, der Partei durch schrankenlose Kritik Schaden zuzufügen zu lassen.

80 000 tschechische Kronen haben unsere deutschen Parteigenossen in der Tschechoslowakei, die selbst unter großer Arbeitslosigkeit leiden, wiederum für die Deutschlandhilfe unter sich gesammelt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Weuter; Wirtschaft: J. E.; Ernst Weuter; Gewerkschaftsbewegung: J. E.; Kultur: K. A.; Weiser; Ebeling und Schilling; Reichsrat: Weiser; Ebeling; Ebeling in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Vertriebsstelle: Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

SOAVE
Tag 8 Uhr
12
VARIETE-
KUNSTSTÜCKE
Sonntag 3.30 zu
nach Freizeitspaß
mit 10 Pro. Rabatt

Neues Operetten-Theater
Der Guide 7 1/2 Uhr
Keusche
Thielscher
Abemann
Schwank 1.30 u. Fr. Arnold 1.15 nach
Guide Thielscher, Elise Beck, Horst
Bartz, Hedda Neubert, Julius Brandt
Fritz Del-us, Richard Ludw.

Radio-Rundfunk
Aus dem Wunderradio der deutschen Telephonie-
Kabelnetz-Gesellschaft (Gesellschaft für Fernsprechanlagen) G. m. b. H.
1. Teil: Die Groß-Stationen haben im Weltverkehr
Wachstum in 3 Teilen
2. Teil: Gemeinverbreitung ihrer Posten für Radiotelegraphen
und -telefone, die es werden sollen.
Was man vom Radio wissen muß! - Wie sich der ameri-
kanische Radio-Verkehr seine Entwicklung (siehe dazu)
3. Teil: Radio-Konzept des Deutschen Rundfunks.
In den Prachtstadien des Ostens
Feuerwerke
Wiese 4.8
am Dienstag, 3. Februar, nachmittags 4 und abends 8 Uhr
am Mittwoch, 4. Februar, nachmittags 4 und abends 8 Uhr
am Donnerstag, 7. Februar, nachmittags 4 und abends 8 Uhr
Rosenkranzmann nachm. 3 Uhr, abends 7 Uhr
Eintrittspreis auf allen Plätzen 1 Mk. - Jugendlöhne unter
16 Jahren nach dem Ermessen.
Karten für alle 3 Tage in den Hauptempfangsstellen
Hofburg, Französischer Platz 113 (so auch 6 Prachtstadien d. Ostens)
Börse, Kronenplatz 117/118 (so auch 6 Prachtstadien d. Ostens)

Bettwäsche
WEISSE WOCHEN
Beginn: am Montag, den 4. Februar
Wir bieten Ihnen billigest:
Deckbettdzüge . . . 6.95, 6.22, 5.90
Kissenzüge . . . 2.00, 1.87, 1.60
Bettdecken . . . 3.39, 2.74
Inlett-Oberbett o. Nahl, 150/200 12.00
Inlett-Unterbett . . . 9.85, 8.00
Südicere-Kissen herrl. Muster 3.45, 3.20
Renorol für Leibwäsche 60 breit 70 Pf.
Linn. für Kopfkissen 60 breit, 110 93 Pf.
Linn. für Deckbetten 120 breit, 110 1.00
Damas. unj. Dimiti 80 breit . . . 1.40
Damas. und Dimiti 120 breit . . . 1.70
Inlett für Kopfkissen 80 breit . . . 1.74
Inlett für Deckbetten 120 breit . . . 2.00
Küchen-Handtücher 70 Pf., 63 Pf., 60 Pf.
Stuben-Handtücher . . . 85 Pf., 82 Pf.
Damas.-Handtücher 50/100 . . . 1.30
Damas.-Tischtücher 130/130 4.25, 3.95
Damas.-Tischtücher 130/160 5.20, 4.90
Servietten 65/65 u. 60/60 1.08, 75 Pf.
Rolltücher . . . 3.10
Zelbewußt wie immer bedenen wir unsere Kundschaft
Wir führen nur Qualitätsware und verkaufen diese billig

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bei Kredit. Enorm billige Herren-
kleider, Damenkleider, Fertig und nach
Maß. Kleider, Herrenkleider, etc.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Apollo-Theater
1 1/2 Uhr Dr. James Klein 7 1/2 Uhr
Das weiße Laster Schmeißel
Volk und Krone
1. Teil aus
Em. Ludwigs
Über 100 Mitwirkende
Tanztruppe v. E. Grotowski, Krasnowski

Musikinstrumente
Clarinete, Saxophone, Klarinetten, Trompeten, etc.
Hosen
Reinwoll, kratzgestrichelt
in Streifen-
hosen 7.00, 4.50
Sprengelhose 4.50
Winterhose 16.-
Wachstuch-Joppe 7.-
St. Lager alle Arten
Eckstr. Platz 10
Ecke Fruchtstr.
Hofstr. 11, Rosenstr.

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bei Kredit. Enorm billige Herren-
kleider, Damenkleider, Fertig und nach
Maß. Kleider, Herrenkleider, etc.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Nöbel
Bettstellen, Doppelbetten, Matratzen
mit Auflage 30.-, Schlafsofa 12.-
Sofa 15.-, Tischstühle, etc.
Sofa, Stühle, etc.
Bettstellen, Matratzen, etc.
Bettstellen, Matratzen, etc.

Kaufgesuche
Schiffen, Maschinen, etc.
Schiffen, Maschinen, etc.
Schiffen, Maschinen, etc.
Schiffen, Maschinen, etc.

Wäscheherstellung
S. Einhorn
Neuölln
Herrnhutstraße 31
(an der Hermannstraße)